

Auricher Appell

Den Stromnetzausbau mit sozialer Daseinsvorsorge und demokratischer Kontrolle verbinden



| Emden

Die Umsetzung der politisch beschlossenen Energiewende ist ins Stocken geraten. Ein zentrales Problem der nächsten 20 Jahre ist die Verdoppelung

des heute knapp 25 prozentigen Anteils der Erneuerbaren Energien am Strommix, deren Einspeisung und Verteilung im Stromnetz.

Dazu kommt: Viele Bürger fühlen sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien ungenügend beteiligt.

Wir wollen unseren Kindern und Enkeln ein lebenswertes, ökologisches und soziales System hinterlassen!

Die Privatisierung der Stromnetze war ein historischer Fehler: Risiken werden sozialisiert und Erträge privatisiert. Wir lehnen Privatisierungen öffentlicher Güter wie Energie und Wasser strikt ab. Deshalb fordern wir, wichtige Infrastrukturen wie das Höchstspannungsnetz zu deprivatisieren

und unter demokratischer Kontrolle zu stellen. Die norddeutschen Küstenländer spielen als Energielieferant eine wichtige Rolle in der Energiewende. Leistungsstarke Nord-Süd-Leitungen sind notwendig. Zugeleich bietet der Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung, u.a. der Offshore-Windparks, eine

Jahrhundertchance zur nachhaltigen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Aufgrund der unklaren und inkonsistenten politischen Entscheidungen droht die Energiewende zu scheitern. Insolvenzen und massiver Arbeitsplatzabbau sind schon jetzt die Folge.

Wir wollen die Energiewende mit der sozialen Frage verbinden!

Viele sozialstaatliche Herausforderungen bleiben ungelöst, da zurzeit ihre Finanzierbarkeit aus verteilungspolitischen Gründen nicht gewollt ist.

Eine Verknüpfung der Energiewende mit der sozialen Frage könnte ein Lösungsansatz sein, indem Anteile der gesetzlich garantierten Erträge aus den

Höchstspannungsnetzen in die sozialstaatliche Daseinsvorsorge einfließen.

Wir rufen daher,

- **Gewerkschaften, Verbände, Initiativen, Wissenschaft und Non-Profit-Organisationen auf, sich für eine soziale Gestaltung der Energiewende einzusetzen;**
- **die Bundesregierung auf, den Stromnetzausbau als zentralen Bestandteil der Energiewende zu deprivatisieren und mit demokratischen, bürgerrechtlichen Beteiligungsinstrumenten auszustatten sowie, unter Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen, entsprechende Organisations- und Finanzierungsformen zu erarbeiten.**

Einladung zum Dialog im 2. Halbjahr 2014

Wir laden alle interessierten Organisationen ein, über die Ausgestaltung von bürgerrechtlicher Beteiligung und die Verbindung von Energiewende und sozialer Frage, gemeinsam zu beraten.

Rückmeldung bis 15. Juni 2014 an emden@igmetall.de, Betreff „Auricher Appell“, erbeten.

Verantwortlich: IG Metall Verwaltungsstelle Emden | AG Energiewende | Kopersand 18 | 26723 Emden